

Quelle: <https://report24.news/deutsches-rechtsgutachten-allgemeine-corona-impf-pflicht-ist-verfassungswidrig/>
3. Februar 2022

Deutsches Rechtsgutachten: Allgemeine Corona-Impf-Pflicht ist VERFASSUNGSWIDRIG! - Teil 3

Matthäus Kapitel 24, Verse 12-13

12 „Und weil DIE GESETZLOSIGKEIT überhand nimmt, wird die Liebe in den meisten erkalten; 13 wer jedoch bis ans Ende ausharrt, der wird gerettet werden.“

6. Was bedeutet Verhältnismäßigkeit? Wann ist die Impfpflicht unverhältnismäßig?

Annette Bopp:

Lassen Sie uns das mal näher betrachten. Was heißt denn im Zusammenhang mit der Impfpflicht verhältnismäßig? Wir operieren hier ja mit Begriffen, die juristisch interpretiert und in irgendeiner Form mit Inhalten gefüllt werden.

Was würde jetzt an dieser Stelle „verhältnismäßig“ heißen bzw. wo sehen Sie einen Widerspruch, so dass Sie sagen: „Die Impfpflicht ist eben nicht verhältnismäßig“?

Dr. Dr. Boehmer-Neßler:

Sie haben völlig Recht. Das ist keine normale Alltagssprache, wenn ich hier jetzt „verhältnismäßig“ sage, sondern dieses Wort ist ein juristischer Fachbegriff.

Was verstehen Verfassungsrechtler also unter „verhältnismäßig“? Es sind vor allem vier Punkte, die eine Rolle spielen und erfüllt sein müssen, ansonsten ist eine staatliche Maßnahme nicht „verhältnismäßig“. Und wenn eine staatliche Maßnahme „nicht verhältnismäßig“ ist, darf man nicht in die Grundrechte eingreifen.

Diese vier Punkte sind:

1.

Der Staat darf mit einer Maßnahme NUR Ziele verfolgen, die legitim sind und welche ihm das Grundgesetz erlaubt.

Das ist eigentlich banal. Das ist klar, dass der Staat NIE etwas machen darf, was nicht dem Grundgesetz entspricht.

2.

Der Staat muss sich fragen, ob diese Maßnahme überhaupt geeignet ist, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen

Der Staat darf natürlich nicht in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen, wenn die Maßnahme, die er durchsetzen will, SINNLOS ist.

3.

Ist es überhaupt erforderlich, dass der Staat in die Grundrechte eingreift?

Die Grundrechte sind die wichtigsten Rechte, welche die Bürgerinnen und Bürger haben. Der Staat darf in die Grundrechte natürlich nur dann eingreifen, wenn es ERFORDERLICH ist, also wenn es kein anderes Mittel gibt, das weniger stark in die Grundrechte eingreift und trotzdem wirksam ist. Da spricht man dann vom „milderen Mittel“. Solange es ein milderes Mittel gibt, darf der Staat das „heftigere Mittel“ nicht einsetzen.

Annette Bopp:

Nun sagen die Impf-Befürworter: „Alle drei Impfungen einschließlich der ersten Auffrischungsimpfung (Booster) schützen vor einem schweren Verlauf. Sie verhindern, dass sich die Pandemie weiter ausbreitet.“ Sei es einmal dahingestellt, ob das tatsächlich so stimmt.

7. Was sind die Knackpunkte von Befürwortern einer SARS-CoV-2-Impfpflicht?

Wo sind denn jetzt diese Knackpunkte, wo sehen Sie die Ansatzpunkte, dass das NICHT erfüllt ist, was Sie gerade eben ausgeführt haben?

Dr. Dr. Boehmer-Neßler:

Es gibt vor allem zwei große Knackpunkte.

Erfüllt die Impfung wirklich den Zweck?

Spätestens da treffen sich sozusagen Mediziner, Virologen und Verfassungsrechtler. Die

verfassungsrechtliche Frage, ob diese Impfung wirklich den Zweck erfüllt, muss man auf der Grundlage von naturwissenschaftliche, biologischen und medizinischen Studien beantworten.

Der Punkt ist tatsächlich: Was sagen uns die vielen Studien, die inzwischen vorliegen zu der Frage: Wie geeignet ist diese Impfung, die wir jetzt gerade haben, das Ziel zu erreichen, die Verbreitung des Virus zu verhindern oder abzuschwächen?

Um es einmal ganz einfach zu sagen: Seit Omikron ist alles unsicher. Vorher war auch schon manches unsicher. Ich bin kein Virologe, aber ich verlasse mich auf das, was die Virologen in ihren Studien sagen. Es war sehr schwierig und sehr umstritten zu klären, inwieweit dieser Impfstoff überhaupt hilft, wie lange er wirkt und wie oft man sich impfen lassen muss.

Seit Omikron ist das alles noch viel schwieriger zu beurteilen und noch viel umstrittener. Wir reden hier ja über die Frage, ob der Impfstoff geeignet ist, das Virus einzudämmen. Empirische Beispiele zeigen allerdings, dass es wohl nicht so sein kann, dass der jetzige Impfstoff dazu geeignet ist, Omikron wirklich effektiv einzudämmen.

Wenn wir uns zum Beispiel Portugal anschauen, das Land in Europa mit der höchsten Impf-Quote – in der Tat sind dort über 90 % der Portugiesen OHNE Impf-Pflicht, also FREIWILLIG geimpft -, dann sehen wir, dass die Inzidenzen, also die Infektionszahlen, durch die Decke gehen. Ich habe die aktuelle Zahl nicht im Kopf, aber Ende Januar 2022 belief sie sich auf 3 000.

Mit anderen Worten: Mehr als 90 % Impf-Quote geht praktisch gar nicht. Obwohl wir diese hohe Impf-Quote in Portugal haben, gehen die Inzidenzen, also die Ansteckungen und Fälle trotzdem immer weiter nach oben.

Annette Bopp:

Das heißt: Die Impfung schützt NICHT vor der Ansteckung. Das lässt sich darauf – zumindest für Omikron – ablesen. Der Punkt ist sicherlich auch, dass man ja nicht auf Vorrat impfen kann und letztlich unklar ist, was uns im Herbst 2022 bevorsteht, wenn dann vielleicht noch einmal irgendeine neue Variante dieses Virus auftaucht.

8. Was ist das Bestimmtheits-Gebot?

Sie haben aber vorhin zwei Begriffe genannt, die ich gerne noch einmal genauer erläutert haben würde. Und zwar sagten Sie etwas über das Bestimmtheits-Gebot und über das Wesentlichkeits-Prinzip. Habe ich das richtig in Erinnerung?

Was ist denn damit gemeint? Ich kann mir nichts darunter vorstellen.

Dr. Dr. Boehmer-Neßler:

Also den einen Punkt, das eine Prinzip, haben Sie beinahe schon angesprochen mit dem, was Sie gerade gesagt haben.

Das Grundgesetz sagt: „Deutschland muss ein Rechtsstaat sein.“ „Rechtsstaat“ heißt, dass bestimmte Grundstrukturen und bestimmte Grundprinzipien beachtet werden müssen. Und das bedeutet grundsätzlich: In einem Rechtsstaat muss die Bürgerin und der Bürger immer genau wissen, was der Staat eigentlich von ihr oder ihm will.

Das ist auch ein Weg, der zur Freiheit führt. Wenn wir, als Deutsche, jetzt nicht mehr genau wissen, was wir noch machen dürfen und was nicht und was der Staat eigentlich für uns beabsichtigt, dann sind wir ängstlich und trauen uns nicht, irgendetwas zu unternehmen. Wenn die Regierung aber ganz klar sagt: „Dies und jenes will ich von euch, und alles Andere bleibt euch überlassen. Da habt ihr eure Freiheit“, dann heißt das insgesamt: Diese Transparenz, diese Klarheit und diese Bestimmtheit schützen unsere Freiheit. Das ist unter dem Bestimmtheits-Gebot zu verstehen.

Es geht dabei also um rechtsstaatliche Prinzipien und um die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Mit anderen Worten: Das Bestimmtheits-Gebot, angewandt auf die Impf-Pflicht würde heißen, dass die Regierung entscheiden muss:

- *Welcher Impfstoff wird verabreicht*
- *Gegen welche Viren wird er eingesetzt*
- *Wie oft wird geimpft*
- *In welchen Abständen wird geimpft*

USW.

Das müsste die Regierung, wenn sie die Impf-Pflicht verabschiedet, entscheiden. Das kann der Staat aber gar nicht, weil kein Politiker in der Regierung wissen kann, welche Virus-Varianten, welche Virus-Mutationen, gerade unterwegs sind oder im Herbst 2022 auftreten werden.

Man weiß auch noch nicht, was für Impfstoffe bis dahin auf dem Markt sein werden und wie diese Impfstoffe dann eigentlich wirken. Das heißt, die Regierung müsste über etwas entscheiden, was man noch gar nicht weiß. Von daher kann sie gar NICHT darüber entscheiden. Das heißt: Das Bestimmtheits-Gebot könnte die Regierung gar nicht erfüllen, wenn sie jetzt eine allgemeine Impf-Pflicht festlegen würde.

9. Was ist das Wesentlichkeitsprinzip?

Annette Bopp:

Das zweite war das Wesentlichkeits-Prinzip. Was ist darunter zu verstehen?

Dr. Dr. Boehmer-Neßler:

Genau, das hängt mit dem Bestimmtheits-Gebot zusammen, hat aber einen klein wenig anderen Aspekt.

Beim Wesentlichkeits-Prinzip geht es um die DEMOKRATIE. Das Wesentlichkeits-Prinzip besagt: „Alle Fragen, die wesentlich sind – deswegen der Name „Wesentlichkeits-Prinzip“ - muss das Parlament selbst entscheiden. Andere kleinere Dinge darf es an die Verwaltung delegieren.“ Aber die wirklich großen, Weichen stellenden Dinge, die muss das Parlament selbst entscheiden.

In diesem Fall wären es wiederum die Fragen:

- *Welche Impfstoffe werden eingesetzt?*
- *Wie oft wird gegen welche Variante geimpft?*

usw.

Das wären die Fragen, welche das Parlament in einem Gesetz festlegen müsste, wenn es die allgemeine Impf-Pflicht einführt. Das geht aber auch NICHT, denn man würde gegen dieses demokratische Wesentlichkeits-Prinzip verstoßen, wenn man jetzt eine allgemeine Impf-Pflicht festlegen würde.

FORTSETZUNG FOLGT

Mach mit beim <http://endzeit-reporter.org/projekt/>!*

Bitte beachte auch den Beitrag [In-eigener-Sache](#)